

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 10. Dezember 2012
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen**

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz, Metzger, (CDU)
Sczuka, Wersch

Fokken, Hestler, Kaufmann, Möhrle, Völker (SPD)

Brischke, Haußmann, Lenk, Meßmer (FDP-FW)

Häuser, Hesky, Jasper, Ostfalk (Freie Wähler)

Besa, Fauth-Rank (GRÜNE)

Gäste Kreisräte: Wilhelm (bis 14:55 Uhr) (FDP-FW)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Dezernent Bauer
Kreiskämmerer Geißler
Frau Strauß, GB Kreisprüfung (Top 1)
Herr Dr. Vogt, Geschäftsbereichsleiter GB Schulen,
Bildung und Kultur
Jugendamtsleiter Wieland
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken

Weitere Mitarbeiter

Schulleiterinnen und Schulleiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:20 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:22 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:00 Uhr

§ 1

a) Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2011

(Drucksachen 2012-100-VSKA10.12., 2012-100a-VSKA10.12. und 2012-82)

b) Schlussbericht 2011

(Drucksache 2012-101-VSKA10.12.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache 2012-82 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er berichtet, dass beim ordentlichen Ergebnis eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Planansatz erzielt werden konnte. Außerordentlichen Erträge und Aufwendungen hätten sich aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen über dem Buchwert oder der außerplanmäßigen Auflösung von Zuschüssen, z.B. bei den Klinik-arealen Backnang und Waiblingen, beim beweglichen Vermögen sowie bei den Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abstufung von Kreis- zu Gemeindestraßen ergeben. Die Mehreinzahlungen aus Investitionstätigkeit seien vor allem auf schon in den Vorjahren erwartete Zuweisungen und Erstattungen des Bundes und Landes, wie z.B. aus dem Konjunkturpaket und Investitionszuweisungen für Schulen, zurückzuführen. Wie bereits beim Finanzzwischenbericht am 26.09.2012 erwähnt, würden sich die Schlüsselzuweisungen aufgrund der November-Steuerschätzung nochmals auf insgesamt 5,3 Mio. € verbessern. Bei der Grunderwerbssteuer sei die Erhöhung des Steuersatzes und Vorzieheffekte mit ursächlich für die Mehrerträge in Höhe von 2,76 Mio. €. Herr Geißler führt zur Aufwandsseite aus, insgesamt würden sich die Abweichungen weitestgehend im Rahmen der Planung bewegen. Die Mehraufwendungen bei den Jugendhilfeleistungen in Höhe von 1,88 Mio. € hätten zum größten Teil durch Verbesserungen bei den Sozialhilfeleistungen aufgefangen werden können. Der Rückgang der Nettosozialhilfeaufwendungen resultiere aus der höheren Erstattung des Bundes für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Diese sei ab 2011 von 28,5 auf 39,8 Prozent erhöht worden. Im Bereich der Jugendhilfe seien die Kostensteigerungen auf die Zunahme bei den ambulanten Hilfen und auf den Ausbau der Tagespflege zurückzuführen.

Die Verbesserungen bei der Investitionstätigkeit z.B. durch höhere Zuweisungen des Landes für Schulbauinvestitionen würden insgesamt eine Reduzierung der Kreditaufnahme in Höhe von 5,39 Mio. € gegenüber dem Planansatz erlauben.

Aufgrund des verbesserten Rechnungsabschlusses hätten 5,1 Mio. € in die Ergebnisrücklage für

folgende Jahresergebnisse zugeführt werden können. Hiervon würden 2013 im Haushaltsplanentwurf 3,3 Mio. € zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet. Außerdem seien 10,3 Mio. € an Krediten nicht benötigt worden. Das Rechnungsergebnis 2011 sei beim Zuschuss an die Kliniken, 1 Mio. € unter dem Planansatz geblieben. Falls es das Rechnungsergebnis 2012 zulasse, werde ein anteiliger Betrag des noch offenen Fehlbetrags aus 2008, noch im Haushaltsjahr 2012 abgedeckt.

Kreiskämmerer Geißler weist darauf hin, dass der Schuldenstand des Rems-Murr-Kreises von 61,1 Mio. € auf 64,8 Mio. € zum Jahresende gestiegen sei. Im Unterschied zum alten Haushaltsrecht würden Haushaltsübertragungen im neuen Recht nicht mehr in das Rechnungsergebnis des Jahres einfließen, in dem sie gebildet worden seien. In den Schulden seien Innere Darlehen in Höhe von 26,96 Mio. € enthalten. Die Rückstellung bei der Abfallwirtschaft für die Deponienachsorge betrage zum 31.12.2011 rd. 53 Mio. €. Damit würden derzeit noch 39,6 Mio. € bis zum Erreichen der notwendigen Rückstellung fehlen. Bezüglich der durchgeführten Baumaßnahmen im Jahr 2011 in Höhe von 5.126.627 €, verweise er auf die Darstellung in Drucksache 2012-82, S. 75. Die Auszahlungen für Straßenbaumaßnahmen seien von 2010 auf 2011 von 3,0 auf 3,8 Mio. € gestiegen.

Im Ergebnishaushalt seien Haushaltsübertragungen in Höhe von 4,98 Mio. € und im Finanzhaushalt in Höhe von 10,51 Mio. € gebildet worden. Herr Geißler erläutert ferner die abgeschlossenen und abgerechneten Baumaßnahmen

Der Geschäftsbereich Kreisprüfung habe formal festgestellt, dass keine Gründe bestünden, die der Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Rems-Murr-Kreises entgegenstehen würden und empfehle dem Kreistag, den Jahresabschluss 2011 - unter Berücksichtigung der Prüfungsbemerkungen und eines daraus resultierenden Korrekturbedarfes - festzustellen. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Kreiskämmerer Geißler legt zum Antrag der CDU-Fraktion vom 09.12.2012 zum Sachstand bei der Effizienzrendite im Rahmen der Verwaltungsreform dar, nach einer Auflistung des Landkreistages, zähle der Rems-Murr-Kreis zu den Schlusslichtern. Bis zum Jahresabschluss 2011 sei eine Effizienzrendite in Höhe von 14,54% erreicht worden. Dies sei eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr mit 8,6 %. Der Durchschnitt aller Landkreise betrage 19,7 %. Der Minimalwert habe bei 13,5 % und der Maximalwert bei 28,6 % gelegen. Dabei habe man sich an das Muster für die Effizienzrendite gehalten. Es sei nicht bekannt, ob dies von allen Landkreisen so umgesetzt worden sei. Es bleibe auch festzuhalten, dass der Kreis im Vergleich deutlich schlechtere Rahmenbedin-

gungen zu bewältigen habe, um die vorgegebene Effizienzrendite zu erreichen. Dies liege z.B. daran, dass man z.B. im Bereich Landwirtschaft, die drittschlechteste Personalausstattung im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Betrieben habe. Ein Indiz hierfür sei auch, dass seit Jahren aus dem Bereich Vermessung Personal für die Landwirtschaft bereitgestellt werden müsse. Nach Ausscheiden der Vermesser könne dies im Bereich Landwirtschaft möglicherweise zu einer sehr schwierigen Personalsituation führen. Hinzu komme, dass die Altersstruktur im Vermessungsbereich, einen größeren Stellenabbau durch natürliche Fluktuation erst ab dem Jahr 2012 zulasse. Außerdem gehöre der Rems-Murr-Kreis zu den Landkreisen, welcher nur wenige unbesetzte und vom Land finanzierte Stellen zugewiesen bekommen habe. Erschwerend sei auch, dass durch die ungünstige Altersstruktur im Bereich Forst, die Personalkostenerstattungen nicht kostendeckend seien. Ferner sei der Anteil der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure relativ stark angestiegen, was einen Ausfall von Vermessungsgebühren zur Folge gehabt habe. Herr Geißler bittet im Übrigen zu beachten, dass zwischenzeitlich alle Geschäftsbereiche aus dem Verwaltungsreformbereich einer Organisationsuntersuchung unterzogen wurden bzw. werden.

Die Leiterin des Geschäftsbereichs Kreisprüfung, Frau Strauß berichtet, der Jahresabschluss 2011 sei wie gesetzlich vorgesehen geprüft worden. Des Weiteren habe man zahlreiche Schwerpunktprüfungen durchgeführt, um die Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns zu belegen. Wesentliche Beanstandungen hätten sich nicht ergeben. Damit könne bestätigt werden, dass von der Kreisverwaltung ordentliche Arbeit geleistet worden sei. Sie betont, dass das Gesamtergebnis zwar eine Verbesserung von rd. 13,3 Mio. € gegenüber dem Planansatz ausweise und Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rd. 7,2 Mio. € der Rücklage zugeführt worden seien, dennoch könne keine Entwarnung zur Haushaltslage des Kreises gegeben werden. Der Aufwärtstrend sei tendenziell zu erwarten gewesen und stehe im Einklang mit der konjunkturellen Erholung. Da dieser Trend nicht in dieser Größenordnung planbar gewesen sei und sich wohl nicht fortsetzen werde, halte man daher eine Begrenzung bzw. Senkung der Verschuldung für geboten.

Auch wenn sich Ersparnisse, die sich durch die Vermeidung zukünftiger Fehler aufgrund der Prüfungsergebnisse ergeben hätten, sich nicht in Geld messen lassen würden, sei es gelungen, 74.000 € durch die Prüfungen für den Landkreis zurückholen. Bis vor wenigen Tagen habe die Gemeindeprüfungsanstalt die Eröffnungsbilanz und die Abschlüsse 2010 sowie 2011 geprüft und ihre Rechtsauffassung intensiv mit dem Geschäftsbereich Kreisprüfung kommuniziert. Sobald der Bericht der GPA vorliege, würden die endgültigen Feststellungen und Lösungen mitgeteilt.

Im Ergebnis werde dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und die Feststellung

der Jahresrechnung 2011 der Rems-Murr-Stiftung empfohlen.

Kreisrat Kaufmann erklärt, das gute Ergebnis 2011 komme auch der Schuldentilgung zu Gute. Er bitte um Auskunft, aus welchem Grund Einzelwertberichtigungen auf öffentliche Forderungen in Höhe von 101.000 € vorgenommen werden mussten. Auffallend sei, dass die bilanzierte Summe an liquiden Mitteln nicht mit den Kontoauszügen übereinstimmen würden. Des Weiteren wolle die SPD-Fraktion beantragen, dass der Überschuss in Höhe von 7,2 Mio. nicht der Rücklage zugeführt werde, sondern zur Schuldentilgung verwendet werde.

Geschäftsbereichsleiterin Strauß antwortet, die Wertberichtigungen auf Forderungen seien ein bilanzielles Moment wodurch ausgedrückt werde, wie wahrscheinlich es sei, dass diese noch eingehen würden. Hinsichtlich der liquiden Mittel gebe es im doppischen Bereich gegenüber einer handelsrechtlichen Bilanz noch immer Unstimmigkeiten, da die Kreiskasse anders rechne. Man befinde sich deswegen derzeit in Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt.

Frau Kugler, GB Finanzen, weist ergänzend darauf hin, dass bei höheren Bußgeldern in der Regel Klage erhoben werde. Falls diese abgewiesen werde, erhalte die Landeskasse die Forderung und nicht mehr die Kreiskasse.

Landrat Fuchs macht darauf aufmerksam, dass vom Überschuss 2011, 2,1 Mio. € für eine Reduzierung der Kreditaufnahme 2011 verwendet werden sollen. Die verbleibenden 5,1 Mio. € müssten nun im Zusammenhang mit der Kreisumlage 2013 diskutiert werden.

Kreisrat Kaufmann erinnert daran, dass der Kreistag am 12.12.2011 beschlossen habe, Überschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden. Nun mache die Verwaltung wieder einen abweichenden Vorschlag. Außerdem werde die Abschreibung voll erwirtschaftet, obwohl dies noch nicht gewollt sei, weshalb auch dieser Betrag für die Schuldentilgung verwendet werden könnte.

Landrat Fuchs entgegnet, dass die Tilgung auf jeden Fall erwirtschaftet werden müsse. Die Verwaltung wolle sehr wohl die Überschüsse, die aus 2011 übrig bleiben, für die Schuldentilgung verwenden. Es stelle sich nur die Frage, ob dies für 2011 oder 2013 erfolge.

Kreisrat Szuka bittet um eine Darstellung, wie die anderen Landkreise bei der Effizienzrendite rechnen würden und eine Erläuterung der Inneren Darlehen.

Kreiskämmerer Geißler antwortet, wenn die Inneren Darlehen aus der Deponiefolgekostenrücklage nicht zur Verfügung stünden, müsste der Kreditbedarf bei den Banken aufgenommen werden.

Landrat Fuchs sagt zu, dass die Angaben zur Effizienzrendite nochmals aufgearbeitet würden. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Kölz, der Kreis partizipiere nur relativ gering an den Vermessungsleistungen, da der Anteil der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure schon seit Beginn der Verwaltungsreform sehr hoch sei. Hinzu komme, dass man zwar einen Fixanteil an den virtuell ermittelten Vermessungseinnahmen vom Land erhalte, tatsächlich ergebe sich jedoch eine Unterdeckung.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2011 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in Drucksache 2012-82 (bereits übersandt) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Die im Rechenschaftsbericht unter 5.4 (S. 157) abgerechneten Hochbau- und Straßenbaumaßnahmen werden anerkannt.

Der Ausschuss nimmt den Schlussbericht 2011 zur Kenntnis.

Auszüge:

2 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 2

Haushaltsplanentwurf 2013

(Drucksachen 2012-102-VSKA10.12., 2012-102a-VSKA10.12. und 2012-102b; 2012-79-KT22.10., 2012-79a-KT22.10., 2012-80-KT22.10., 2012-82-KT22.10., 2012-95-SozA26.11., 2012-96-UVA03.12., 2012-96a-UVA03.12.und 2012-96b-UVA03.12.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und erläutert die Veränderungen aufgrund der veränderten finanziellen Rahmendaten und der vorausgegangenen Ausschussberatungen. Entgegen den befürchteten Prognosen bei der Vorstellung der Haushalt-eckdaten, hätten sich inzwischen Verbesserungen im Bereich der Schlüsselzuweisungen und beim Sozillastenausgleich sowie bei der Umlage an den Verband Region Stuttgart ergeben. Insgesamt sei eine Entlastung in Höhe von 1,8 Mio. € absehbar. Auf der Ausgabenseite stehe die Beschlussempfehlung des Umwelt- und Verkehrsausschusses, 500.000 € zusätzlich für das Klimaschutzprogramm und 1 Mio. Euro zusätzlich für energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen vorzusehen. Hinzu kämen zusätzliche Aufwendungen für das Landesarbeitsprogramm in Höhe von 12.000 €. Die Fraktionen hätten signalisiert, in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung zur Höhe der Kreisumlage 2013 abzugeben.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert den Teilhaushalt III, „Schulen, Bildung und Kultur“ und berichtet u.a. über die Entwicklung der Schülerzahlen sowie die Verbesserung bei den Sachkostenbeiträgen, was zu einem höheren Kostendeckungsgrad beitrage. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Er antwortet auf Frage von Kreisrätin Fauth-Rank zum Stand der Zusammenlegungen der Schulbibliotheken an den Beruflichen Schulzentren, es gehe zum einen darum, die Leitungsfunktionen zu bündeln, zum anderen sei in Backnang evtl. eine Zusammenlegung der Bibliothek mit dem Kreismedienzentrum vorgesehen, sobald Räumlichkeiten in der Schule frei würden. Für die weitere Umsetzung der Inklusion werde die Änderung des Schulgesetzes erwartet. Die Erfahrungen mit Außenklassen und Gruppen der allgemeinen Schulen in den Sonderschulen und Schulkindergärten seien positiv. Außerdem gebe es Berufsvorbereitende Einrichtungen an den Beruflichen Schulen. Barrierefreie Zugänge an den beruflichen Schulen würden sukzessive geschaffen. Herr Dr. Vogt berichtet ferner über den Stand der Sanierungsmaßnahmen an den Beruflichen Schulen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die übrigen Teilhaushalte. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt. Insgesamt seien im Ergebnishaushalt 2012 aus jetziger Sicht Verbesserungen in Höhe von 4,6 Mio. Euro sowie im Finanzhaushalt 2012 Verbesserungen mit 0,2 Mio. Euro zu erwarten. Bei den Veränderungen im Sozial- und Jugendbereich sei zu beachten, dass teilweise noch Abrechnungen von Einrichtungen ausstehen würden und die Zahlen somit noch mit einem erheblichen Risiko behaftet seien.

Für den Haushaltsplanentwurf 2013 hätten sich seit der Einbringung noch die nachstehenden Änderungen im Ergebnishaushalt ergeben. Dies seien insbesondere das vom Umwelt- und Verkehrsausschuss beschlossene Klimaschutz-plus-Projekt mit 375.000 € zuzüglich 125.000 € im Finanzhaushalt. Die Umlage an den Verband Region Stuttgart habe sich um 826.000 € reduziert. Die Umlage an den Zweckverband Wieslaufalbahn falle um 54.000 € geringer aus. Bei den Sozialhilfelastenausgleichen seien Mehrerträge in Höhe von insgesamt 894.200 € vorgesehen und für das Landesarbeitsmarktprogramm seien 12.000 € veranschlagt worden. Bei der Kleinkindförderung werde mit Mehrzuweisungen in Höhe von 120.000 € gerechnet. Die Schlüsselzuweisungen würden sich wegen gestiegener Einwohnerzahlen und veränderten Steuerkraftsummen um 298.000 € erhöhen. Insgesamt würden die Veränderungen im Saldo 1,825 Mio. € betragen.

Auch im Finanzhaushalt 2013 reduzieren sich die Umlagen an den Verband Region Stuttgart um 583.000 € und an den Zweckverband Wieslaufalbahn um 35.000 €. Im Bereich Asyl werde aufgrund stark steigender Zuweisungszahlen ein Planansatz in Höhe von 400.000 für Unterkünfte benötigt. Insgesamt ergebe sich eine Verbesserung im Ergebnishaushalt in Höhe von 1.825.200 € und im Finanzhaushalt von 93.000 €. Die Verwaltung schlage vor, diese Mittel zur Schuldenreduzierung zu verwenden.

Landrat Fuchs antwortet auf Frage von Kreisrat Kaufmann, für die Unterbringung von Asylbewerbern erhalte man eine Pauschale vom Land. Diese werde voraussichtlich nicht ausreichen, da aufgrund der derzeit hohen Bewerberzuweisungen weitere Immobilien benötigt würden. Die höheren Leistungssätze an die Bewerber führen zu Mehrausgaben von mehreren 100.000 €.

Kreiskämmerer Geißler führt weiter aus, als größere Maßnahmen der RMIM seien u.a. zur Behebung des Sanierungsrückstaus, investive Fassadensanierungen mit Ausgaben in Höhe von 2,2 Mio. € vorgesehen. Dabei entfallen auf die Beruflichen Schulzentren Backnang 500.000 € und Waiblingen 700.000 Mio. € sowie auf das Kreissonderschulzentrum Fellbach-Schmidlen 1,0 Mio. €.

Kreisrat Kölz bittet um Auskunft, ob sich durch die Synergieeffekte aufgrund der Übertragung der Gebäudebewirtschaftung auf die RMIM auch Einsparungen bei der Effizienzrendite ergeben würden.

Landrat Fuchs antwortet, durch die Aufgabe von dezentralen Standorten aus der Verwaltungsreform und durch energetische Sanierungen ergebe sich auch ein Einsparungseffekt. Mehrsanierungen würden jedoch auch Mehrkosten bedeuten.

Kreiskämmerer Geißler stellt die Verlustentwicklung der Rems-Murr-Kliniken vor und weist darauf hin, dass der Zuschussbedarf der Kliniken 2013 von 8,6 Mio. € im Jahr 2012, auf voraussichtlich 13,8 Mio. € ansteigen werde. Man hoffe, ab 2016 keine Kreismittel mehr zu benötigen.

Er legt zur voraussichtlichen Entwicklung der Schulden des Kreises dar, bei einer Erwirtschaftung der Abschreibungen ab 2014 nach dem vom Kreistag am 12.12.2011 beschlossenen Schuldenabbaukonzept, sei eine Reduzierung des Schuldenstandes im Finanzplanungszeitraum möglich. Bei Verwendung eines möglichen Rechnungsergebnisses 2012 in Höhe von 4,8 Mio. Euro zur Schuldenreduzierung könnte der Schuldenstand wie dargestellt zurückgeführt werden. Der Haushaltsausgleich erfolge weiterhin nach altem Recht. Die Kreisumlagehöhe wäre kameral somit gleich hoch.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass das Thema Verschuldung und Erwirtschaftung der Abschreibungen nochmals aufgegriffen werde, da eine Verlängerung der Umstellungsfrist anstatt bis 2016 bis 2020 erwartet werde.

Kreisrat Kaufmann erklärt, die SPD-Fraktion fordere das Schuldenabbaukonzept zu konkretisieren. Die Verwendung von Überschüssen für die Nichtaufnahme von Krediten stelle keine echte Schuldenreduzierung, sondern nur eine Schuldenvermeidung dar. Es rege an, den Ergebnishaushalt nochmals auf Einsparpotentiale zu überprüfen.

Kreiskämmerer Geißler entgegnet, bei der Kameralistik seien Überschüsse der Rücklage zugeführt worden, um später keine Kredite aufnehmen zu müssen. Die jetzige Zielrichtung sei, von 7,2 Mio. €, 2,1 Mio. € sofort dazu zu verwenden, um weniger Schulden aufnehmen zu müssen. Von den verbleibenden 5,1 Mio. € werde vorgeschlagen, weitere 3,3 Mio. € in 2013 einzusetzen, um Schulden zu vermeiden. Für die verbleibenden 1,8 Mio. € werde empfohlen, diese für ein evtl. Konjunkturprogramm in 2014 und 2015 bereitzuhalten.

Landrat Fuchs bittet zu beachten, dass die meisten Mittel gebunden seien und die Spielräume klein seien. Mit dem Sozialgutachten solle untersucht werden, ob im Leistungsbereich noch Gestaltungsmöglichkeiten und Reserven erkennbar seien.

Kreisrat Hesky sieht dem Gutachten optimistisch entgegen.

Es erfolgt die Beratung der Haushaltsanträge der Fraktionen

Kreisrat Hesky weist zum Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Durchführung von Geschäftsprozessoptimierungen und externen Organisationsuntersuchungen darauf hin, dass er von der Verwaltung eine Überprüfung der Abläufe und der Personalausstattung erwarte, um auch so die Verschuldung des Kreises senken zu können.

Landrat Fuchs entgegnet, dass ein Vergleich zwischen den Landkreisen aufgrund der unterschiedlichen Strukturen sehr schwierig sei. Außerdem würden alle Geschäftsbereiche im Landratsamt extern untersucht, worüber auch immer im Ausschuss berichtet worden sei bzw. werde.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (III. Ziff. 1) zum nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis:

Bericht und eine kurze und genaue Gegenüberstellung folgender Zahlen

- Rückgang der Zahl der Berufsschüler in den Berufsschulen im Jahr 2013
- Höhe der Sachkostenbeiträge pro Schüler und Ansatz gegenüber dem Jahr 2012

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich den nachstehenden interfraktionellen Antrag (III. Ziff. 2):

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Klärung und Unterstützung der Sanierungsmaßnahmen im Zeltlager „Salbengehren“ konkrete Informationen über Planung, Maßnahmenumfang, Kosten und Finanzierung einzuholen.

Kreisrat Lenk erläutert den Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Einführung eines Sprachhelferpools und betont, dass es hier um die Koordinierung der vorhandenen Angebote gehe.

Kreisrat Hesky bittet den Beschlussvorschlag so zu formulieren, dass damit kein zusätzlicher Arbeitsauftrag für die Verwaltung verbunden sei.

Landrat Fuchs bietet an, die Thematik nochmals aufzuarbeiten. Wenn sich daraus eine Unterstützungsaufgabe für den Kreis ergebe, werde die Verwaltung den evtl. zusätzlichen Personalbedarf benennen. Die Verwaltung könnte untersuchen, in welchem Umfang es Sinn mache, einen Sprachhelferpool aufzubauen.

Kreisrat Lenk hebt hervor, dass dies ohne zusätzliches Personal erfolgen solle.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-FW-Fraktion (III. Ziff. 3)

Einführung eines kreisweiten Sprachhelferpools

mit großer Mehrheit ab.

Kreisrat Haußmann erläutert den nachstehenden Antrag der FDP-FW zur Inklusion auf Kreisebene. Es gehe auch darum, den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Pflege zu prüfen.

Kreisrat Kaufmann vertritt die Ansicht, dass auch Prüfaufträge Geld kosten würden.

Kreisrat Lenk erinnert daran, dass es bisher guter Brauch gewesen, Prüfanträge zu bearbeiten, zumal die Inklusion das Thema der Zukunft sei.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass es zwar möglich sei eine Konzeption zu erarbeiten. Wenn es jedoch an die Umsetzung gehe, müsse zusätzliches Know-how eingekauft werden und es sei ein entsprechendes Budget erforderlich.

Kreisrat Lenk hebt nochmals hervor, dass es um zwei Ansätze gehe. Der eine sei, die Chancen und Grenzen der Inklusion über die Herr Prof. Sell bei der Klausurtagung des Kreistags 2012 referiert habe, auf den Rems-Murr-Kreis zu übertragen. Des Weiteren sollen die Möglichkeiten eines Kompetenzzentrums geprüft werden, da der Kreis am meisten Einrichtungen habe.

Landrat Fuchs stellt zusammenfassend fest, dass das Thema aufgegriffen werde, sobald das neue Schulgesetz vorliege. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums werde untersucht und geklärt, was mit den Einrichtungen möglich sei.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (III. Ziff. 4) zum nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Kenntnis:

Möglichkeiten und Grenzen der Inklusion auf Landkreisebene

Außerdem besteht Einvernehmen, dass das Thema 2013 im Sozialausschuss behandelt werden soll.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Verwaltung (III. Ziff. 5 und 6) zu den nachstehenden Anträgen der CDU-Fraktion:

Aussage über das voraussichtliche Rechnungsergebnis 2012 und die weiteren Verbesserungen auf Grund der Oktobersteuerschätzung

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, berichtet zum nachstehenden Antrag, dass der Umzug in den Neubau in Winnenden im Jahr 2013 erfolgen solle. Man hoffe, mit einem Kreiszuschuss in Höhe von 13 Mio. € auszukommen. Es gebe jedoch Risiken, wie z.B. die Personalkostensteigerung ausfallen werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Verwaltung (III. Ziff. 8) und den ergänzenden Erläuterungen von Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken zum nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion:

Bis zum VSKA am 10.12.2012 wird noch um Klarstellung in den Haushaltsberatungen gebeten, ob sich im Klinikdefizit etwas verändern wird

Landrat Fuchs ruft den Antrag der CDU-Fraktion III. Ziff. 9 zur Erwirtschaftung der Abschreibungen auf.

Kreisrat Fokken erklärt, der SPD-Fraktion sei es wichtig, das Thema mit dem Schuldenabbaukonzept zu verbinden und eine Aussage zu treffen, bis wann welche Abschreibungen erwirtschaftet werden sollen. Daher spreche er sich für eine Vertagung auf die erste Sitzung 2013 aus.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass bis 2014 eine ausreichende Beschlusslage vorliege, es lägen jedoch entsprechende Anträge vor.

Die Kreisräte Lenk, Hesky und Szuka signalisieren, dass der interfraktionelle Antrag III. Ziff. 10 gesondert behandelt werden könne.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Behandlung der Anträge der Fraktionen zum Thema „Zeitpunkt der vollen Erwirtschaftung der Netto-Abschreibungen sowie Auswirkungen auf das Schuldenabbaukonzept“ (III. Ziff. 9, 10, 11) auf eine Sitzung im Frühjahr 2013 zu vertagen.

Landrat Fuchs verweist auf die Beschlussempfehlung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 03.12.2012, 1 Mio. € zusätzlich für energetische Sanierungen bereitzustellen. Die Verwaltung könne sich auch vorstellen, den Betrag in 2013 und 2014 zu halbieren. Hinzu komme das Programm Klimaschutz plus mit 500.000 €, für das die einzelnen Projekte im Umwelt- und Verkehrsausschuss noch festgelegt werden sollen.

Kreisrat Lenk erklärt, die FDP-FW-Fraktion stimme dem Klimaschutz plus-Programm zu. Die ursprünglich beantragten 1 Mio. € zum Abbau des Sanierungsrückstau könne auch auf je 500.000 € in den kommenden beiden Jahren verteilt werden.

Geschäftsführer Braune, RMIM, berichtet, dass es derzeit ein historisch günstiges Zinsniveaus von 0,1 % für energetische Sanierungen gebe. Die Halbierung in je 500.000 € sei sinnvoll, da sonst evtl. nicht alles umgesetzt werden könne.

Kreisrat Sczuka bittet um Auskunft, ob Drittmittel zu den vorgeschlagenen 500.000 € hinzukommen würden.

Landrat Fuchs antwortet, dass Drittmittel hinzuzurechnen wären, falls es Zuschüsse gibt.

Kreisrat Kaufmann regt an, anstatt einer Rücklagenzuführung zinsgünstig zu investieren.

Landrat Fuchs schlägt vor, wie nachstehend dargestellt zu beschließen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig auf Grundlage des Antrags der FDP-FW-Fraktion sowie der Empfehlung des Umwelt- und Verkehrsausschusses (III Ziff. 7)

1. In den Jahren 2013 und 2014 werden jeweils zusätzlich 500.000 Euro zum Abbau des Sanierungsrückstaus in den Haushalt eingestellt.
2. Es werden 500.000 Euro für das Projekt Klimaschutz-Plus in den Haushalt 2013 eingestellt.

Der Beschluss erfolgt unter der Maßgabe, dass für beide Pakete noch konkrete Maßnahmen zur Umsetzung unterbreitet werden. Die Finanzierung der zusätzlichen Mittel für den Sanierungsrückstau ist noch offen.

Kreisrat Hesky fordert, die Stelle des Klimamanagers ohne Schaffung einer neuen Stelle zu besetzen.

Landrat Fuchs berichtet, dass die Leiterin der Geschäftsstelle Klimaschutz im Jahr 2013 in Erziehungsurlaub gehen werde und diese nicht wieder besetzt werden solle. Die Stelle solle für den Klimamanager verwendet werden.

Kreisrat Hesky bittet zu beachten, dass wenn die Stelleninhaberin ihre Arbeit wieder aufnehme, keine Stelle mehr vorhanden sei.

Kreisrat Kaufmann regt an, im Stellenplan einen Vermerk anzubringen, dass 3 Jahre keine Besetzung in EG 11 erfolgt bzw. diese gesperrt werde. Daher wolle man wissen, wie viele Stellen überhaupt besetzt seien.

Landrat Fuchs sagt zu, dass geprüft werde, die Stelle des Klimaschutz-Managers, durch Nichtbesetzung einer anderen Stelle in Entgeltgruppe 11, etwa im Zusammenhang mit der Elternzeit von Frau Clausen, zu kompensieren. Die Förderung der zusätzlichen Sanierungsmaßnahmen durch Dritte werde durch die RMIM geprüft.

Der Ausschuss signalisiert einvernehmlich, dass eine Beschlussfassung über III. Ziff. 12 und 13 in der Sitzung des Kreistags am 17.12.2012 erfolgen soll.

Kreiskämmerer Geißler verweist auf die Veränderungen im Haushaltsentwurf seit der Einbringung, wie in Drucksache 102a-2012 dargestellt

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der Kreistag beschließt über die Kreisumlagehöhe.
2. Die unter IV- V aufgeführten Änderungen (ohne Kreisumlage) wird zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Kredite für Investitionen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH in Höhe von 14.660.000 Euro im Jahre 2013 wird zugestimmt.

Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Neubau Winnenden – Bauzeitinsen	3.400.000 EUR
Erwerb Neurologie vom Klinikum Schloss Winnenden	8.100.000 EUR
Weiterentwicklung Standort Schorndorf (Sanierung Außenhüllen, Stationssanierung, Erneuerung Datennetz)	3.160.000 EUR

Auszüge:

4 GB Finanzen 1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 3

Anpassung der Stellplatzmieten am Landratsamt und den Beruflichen Schulen
(Drucksache 2012-103-VSKA10.12.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Die Stellplatzmieten im Verwaltungsbereich werden ab dem 1.1.2013, im Schulbereich ab Beginn des neuen Schuljahres 2013/2014 auf monatlich 16,00 Euro bzw. 8,00 Euro, für Teilzeitbeschäftigte bis 50% festgesetzt.
2. Die übrigen Regelungen gelten unverändert weiter.
3. Zur Förderung der „Umsteiger-Motivation“ wird dem Projekt „Mitarbeiter-Schnupper-Ticket“ des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart (VVS) im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel grundsätzlich zugestimmt.

Auszüge:

- 1 GB Finanzen
- 1 GB Schulen, Bildung, Kultur
- 1 GB Verkehr

§ 4

Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, erläutert den Sachstand der Bauarbeiten anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet, dass sich die beauftragten Firmen mit Nachdruck um die Einhaltung des neuen Terminplans bemühen würden. Er führt zum Kostenbericht aus, nach dem Grundsatzbeschluss zur hälftigen Aktivierung der Bauzeitzinsen für 2013, sei eine Neuberechnung der Zinsen erforderlich. Bisher seien in der Kostendarstellung Bauzeitzinsen in Höhe von 9.757 Mio. € ausgewiesen. Hinzu kämen nun rd. 2,197 Mio. €, die dem Neubau-Budget zugerechnet werden müssten. Unter Berücksichtigung der derzeit aufgenommenen Darlehen ergebe sich somit ein Wert zum 30.06.2013 von 11,954 Mio. €. Zur Fragestellung aus dem Kreistag zu den Auswirkungen des verbesserten Rechnungszinses legt er dar, dass bisher ein Zinssatz von 5,22 % für alle noch offenen Darlehen angenommen worden sei. Auf Basis des neuen Zinssatzes von 3,0 %, ergebe sich eine Differenz für den Zeitraum 2014 – 2033 in Höhe von 11,8 Mio. €. Der Baustart für das Haus B, sei im Februar 2013 geplant. Die Inbetriebnahme der Kindertagesstätte solle Anfang 2014 erfolgen. Danach erfolge der Innenausbau für die Verwaltung. Das vorhandene Inventar der Kliniken in Backnang und Waiblingen solle soweit dies nicht verkauft werden könne, auch versteigert bzw. gespendet werden. Geschäftsführer Winter berichtet ferner über den Stand der Bauarbeiten und erläutert die zur Ausführung anstehenden Maßnahmen.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Dezernat 2



§ 5

Spendenbericht

(Drucksache 2012-104-VSKA10.12.)

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 2012-104-VSKA10.12. aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

§ 6

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert